

# 1) Wem gehört die Stadt?

Am 06. Mai 2018 sind alle Lübeckerinnen und Lübecker dazu aufgerufen, die nächste Bürgerschaft der Hansestadt zu wählen. Ziel unserer Partei ist es, mit einer starken Fraktion als soziale Stimme der Stadt in die Bürgerschaft einzuziehen. Als Verbündete aller Menschen, Vereine, Verbände und Initiativen, die sich der Gestaltung einer sozialen und solidarischen Stadt verschrieben haben.

DIE LINKE. Lübeck stellt die soziale Frage: "Wem gehört die Stadt?" - in die wirklich gelebten Bereiche aller Bürgerinnen und Bürger hinein.

Nach unserer Überzeugung gehört die Stadt allen Menschen, die in ihr leben: Von der Wohnsitzlosen bis zum Multimillionär, vom Kleinkind bis zum Senioren – und zwar zu gleichen Teilen!

Dementsprechend ist für uns LINKE in Lübeck klar, dass wir mit Priorität für Teilhabe, Solidarität, Mobilität und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen streiten.

Dies bedeutet für uns konkret, dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen in unserer Stadt Zugang zu sowohl privater, als auch öffentlicher Versorgung und sozialer Infrastruktur haben:

Von den bezahlbaren eigenen vier Wänden bis zum Nachbarschaftsbüro, in dem das soziale und kulturelle Leben des Stadtteils stattfindet. Von einer sanktionsfreien Mindestsicherung bis zur armutsfreien Rente. Von der flexiblen Kita über die Ganztagschule bis zur kommunal unterstützten Ausbildung. Von Naherholung im Stadtteil zum gut ausgebauten Radweg. Vom staufreien Autoverkehr bis zum bezahlbaren und zuverlässigen ÖPNV.

Unabhängig von Religion, Herkunft, Alter oder Verdienst müssen alle Menschen dieser Stadt dieselben Möglichkeiten zur sozialen, demokratischen und kulturellen Teilhabe und Mobilität, sowie zur Mitgestaltung Lübecks in allen Lebensbereichen haben - sowohl in Fragen des eigenen Stadtteils, als auch bei politischen Entscheidungen, welche die Zukunft aller Menschen in dieser Stadt bestimmen.

Gemeinsam wollen wir den scheinbaren Widerspruch auflösen zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite. Wir wollen "Stadt" weiterdenken und dem puren Verwalten eine solidarische Gestaltung entgegensetzen. Wir wollen eine barrierefreie Stadt - egal ob die Barrieren kultureller, sozialer, technischer oder körperlicher Natur erscheinen.

Lübecks Stärke soll in Zukunft die Vielfalt seiner Bürgerinnen und Bürger und ihre Teilhabe an allen Bereichen des Zusammenlebens sein.

Dafür wollen wir gemeinsam kämpfen!

36

37

38

39

40

## 41 **2). DIE LINKE. in Lübeck**

42 **Die zuverlässig sozialistische Alternative** - DIE LINKE gründete sich 2007 mit  
43 dem Ziel, eine zuverlässige sozialistische Alternative zu den etablierten Parteien zu  
44 bieten. Dabei stehen wir wie keine andere Partei in unserem Land für einen sozialen  
45 Wandel und für eine Gesellschaft, in der Alle die gleichen Chancen auf Bildung,  
46 Teilhabe und Mitgestaltung haben.

47 **Für ein solidarisches Miteinander** - Wir stehen für ein friedliches, solidarisches,  
48 gerechtes, inklusives und vielfältiges Miteinander in Würde und ohne Angst. DIE  
49 LINKE. Lübeck setzt auf mehr Bürgernähe und auf den Dialog mit allen in Lübeck  
50 lebenden Menschen. Wichtige uns alle betreffende Anliegen müssen gemeinsam  
51 diskutiert werden, um so die besten Ideen zum Wohle unserer Stadt zu erörtern und  
52 um zu setzen.

53 **Eine Daseinsversorgung ohne Profitgedanke schaffen** - Privatisierungen in der  
54 Daseinsfürsorge, also beispielweise von Gas-, Wasser-, und Elektrizitätsversorgung,  
55 der Müllabfuhr und der Abwasserbeseitigung aber auch der Bildungs- und  
56 Kultureinrichtungen, von Krankenhäusern, Alten-, oder Pflegeheimen lehnen wir strikt  
57 ab. Wir wollen keinen Sozialabbau, keine "Zusammenlegungen" und keine  
58 Schließungen. Unser Ziel ist die Rekommunalisierung der Daseinsfürsorge, das heißt  
59 Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime, genau so wie die Versorgung der  
60 Lübeckerinnen und Lübecker mit Gas, Wasser und Strom gehören wieder in  
61 kommunale Hand!

62 **Machen anstatt reden** - Als drittstärkste Lübecker Partei mit über 200 Mitgliedern  
63 können wir zu Recht stolz sein auf das, was wir als Fraktion und Partei auf der  
64 Straße, in Initiativen und der Bürgerschaft bisher erreicht haben. DIE LINKE. Lübeck  
65 wird auch in Zukunft an das bereits Erreichte anknüpfen. Ob als Taktgeber für die  
66 anderen Parteien, denen wir mit unseren Anträgen in der Bürgerschaft die  
67 Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger verdeutlicht haben, oder als Antragsteller,  
68 deren Antrag direkt zur erfolgreichen Abstimmung gekommen ist. Wir bleiben dran!  
69 Und neben der politischen Arbeit in der Fraktion und der Bürgerschaft bieten wir  
70 auch als Partei vielerlei Möglichkeiten zur Mitwirkung. DIE LINKE Lübeck unterstützt  
71 und organisiert die Gründung von Stadtteilgruppen in möglichst allen Stadtteilen  
72 Lübecks. Sie dienen als Veranstaltungsorte, Treffpunkt für die dort lebenden  
73 Menschen und geben die Möglichkeit zur Information und zur gemeinsamen  
74 Vernetzung. Des Weiteren sind wir aktiv in Projekten wie das Urban Gardening,  
75 bieten ein Erwerbslosenfrühstück mit dem Angebot einer Sozialberatung an oder  
76 sind Organisator des seit 2016 stattfindenden Frauencafes Druschba, das  
77 mittlerweile zum wichtigen Anlaufpunkt geflüchteter Menschen in Lübeck geworden  
78 ist. Außerdem bieten wir in regelmäßigen Abständen Ausstellungen in unseren  
79 Büroräumen an, um Kultur für alle (an)fassbar zu machen.

80 **Kommunale Politik Hand in Hand mit den Bürgern Lübecks** - Kommunalpolitik  
81 bedeutet Mitgestaltung. Wir wollen die Kommunalpolitik wieder zu dem Teil der  
82 Politik machen, in dem sich alle Lübecker und Lübeckerinnen aktiv, einzeln oder in  
83 Vereinen, Verbänden, Initiativen und Parteien an einen Tisch setzen und fair  
84 miteinander diskutieren können. Wir übernehmen Verantwortung für eine  
85 gemeinsame Gestaltung unserer Stadt - sozial gerecht, barrierefrei, bürgernah und  
86 transparent.

87

## 88 **3). WOHNEN**

89 Aus unserer Überzeugung heraus gehört die Stadt allen Menschen, die in ihr leben –  
90 und zwar zu gleichen Teilen. Stadt beginnt in den eigenen vier Wänden und allem,  
91 was sie umgibt. Deshalb ist es uns LINKEN wichtigstes Anliegen, eine eigene  
92 Wohnung und die Sicherung dieses Lebensraums als Grundrecht zu verstehen.  
93 Dazu gehört auch die Unversehrtheit der Privatsphäre. Weder dürfen Ämter damit  
94 drohen, durch Kürzung von Sozialleistungen Mietverhältnisse in Gefahr zu bringen,  
95 noch darf ein Bewohnen der Wohnung im Winter durch Strom- und Gassperren  
96 unmöglich gemacht werden.

97 Wir wenden uns aktiv gegen den Aufkauf günstigen Wohnraums durch  
98 Wohnungsbaufirmen. Scheinsanierung von Wohnblöcken darf nicht dazu führen,  
99 dass die Miete über die zulässigen Höchstsätze für Menschen, die auf  
100 Grundsicherung, Hartz IV oder andere Sozialleistungen angewiesen sind, steigt und  
101 Mieterinnen und Mieter aus ihren langjährigen Wohnungen verdrängt werden.

102 Eine Stadt, die sich als solidarisch versteht und den Menschen gehört, muss dafür  
103 Sorge tragen, dass eine ausreichende Anzahl an günstigen Wohnungen vorhanden  
104 ist. Stadtentwicklung darf sich nicht auf Luxusprojekte beschränken. Erst wenn eine  
105 Stadt dafür Sorge trägt, dass Menschen keine Angst vor Verlust ihrer Wohnung  
106 haben müssen, sind Teilhabe, Mobilität und Solidarität überhaupt möglich.

107

### 108 **3.1. Sozialer Wohnungsbau und Barrierefreiheit**

109 Lübeck belegt im Wohnungsbau im bundesweiten Städteranking den letzten Platz.  
110 Politik und Verwaltung müssen eingestehen, dass es in Lübeck eine Wohnungskrise  
111 gibt. Gleichzeitig muss das Eingeständnis erfolgen, dass diese Krise hausgemacht  
112 ist. Seit mehr als fünf Jahren fordert DIE LINKE in der Bürgerschaft  
113 Sofortmaßnahmen, um dieser Krise entgegen zu wirken. Erst wenn die  
114 Verantwortlichen bereit sind Fehler einzugestehen und den Mangel an Wohnraum  
115 nicht mehr beschönigen, ist es möglich in der Wohnungsbaupolitik wieder zu  
116 handeln, anstatt nur zu reagieren. Lübeck muss ein langfristiges Konzept entwickeln,  
117 um nachhaltig und auf Jahre hinaus den notwendigen Bedarf an Wohnraum zu  
118 ermitteln und durch kommunalen Wohnungsbau dafür Sorge zu tragen, dass kein  
119 Mangel entsteht.

120 Langfristiges Ziel muss es sein, kommunale Wohnungsbaufirmen zu stärken und  
121 möglichst viel des Wohnraums zurück in die öffentliche Hand und damit den Besitz  
122 der Bürgerinnen und Bürger zu bringen, um nicht weiter von der gewinnorientierten  
123 Politik privater Wohnungsbaufirmen abhängig zu sein. Dabei ist das Recht jedes  
124 einzelnen Menschen auf Wohnraum zukünftig zu garantieren. Gleichzeitig muss die  
125 Stadt Projekte gegen Obdachlosigkeit entwickeln und bestehende Strukturen der  
126 sozialen Hilfe, die Mieterinnen und Mietern bei drohendem Wohnungsverlust oder  
127 Obdachlosigkeit zur Seite stehen, aktiv fördern.

128 Eine soziale Wohnungsbaupolitik ist jedoch nicht nur dadurch erfüllt, dass  
129 ausreichend Wohnraum vorhanden ist. Wohnungsbau muss nachhaltig und inklusiv  
130 verstanden werden. So ist beim Neubau von Wohnungen dafür Sorge zu tragen,  
131 dass in ausreichendem Maße sowohl Wohnraum für Menschen mit körperlichen oder  
132 seelischen Einschränkungen, als auch für ältere und/oder nicht mobile Menschen  
133 vorhanden ist.

134

---

135 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 136 • ein Sofortprogramm von 6000 günstigen Wohnungen, das langfristig auf  
137 10.000 aufgestockt wird
- 138 • einen Wohnungsbau-Entwicklungsplan bis zum Jahr 2030, aufstellbar binnen  
139 eines Jahres
- 140 • die Stärkung der TRAVE als kommunaler Wohnungsbaugesellschaft
- 141 • die Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei städtischen Bauprojekten
- 142 • ein Verbot von Strom- und Gassperren
- 143 • die Anpassung der Miet-Höchstgrenzen für Menschen im Bezug von  
144 Grundsicherung, ALG 2 oder anderen sozialen Sicherungen
- 145 • die Entwicklung einer Milieuschutz-Satzung, um die Identität der Lübecker  
146 Stadtteile in ihrer sozialen Struktur zu bewahren und/oder zu stärken

---

147

148

149 **3.2. Stadtteilentwicklung**

150 Sozialer und gerechter Wohnungsbau muss darüber hinaus auch eine ausreichende  
151 Anzahl öffentlicher und kostenloser Freiflächen zur Verfügung stellen, damit  
152 Menschen nicht nur in ihren Stadtteilen verwahrt sind, sondern Wohnen als aktive  
153 Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben im Stadtteil selbstverständlich wird. Dies  
154 reicht von der Bereitstellung ausreichender Spielplatzflächen über soziale und  
155 kulturelle Begegnungsstätten in Form von Nachbarschaftsbüros bis zur Naherholung  
156 und einem dezentralen Bürgerservice für alle Anwohnerinnen und Anwohner der  
157 Stadtteile.

158 DIE LINKE begrüßt und unterstützt alle Initiativen, Vereine und Verbände, die  
159 gemeinsam mit den Menschen in den Stadtteilen das Zusammenleben gestalten. Ob  
160 es dabei um die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen geht, sportliche  
161 Betätigung oder kulturelle Angebote. Wir werden Kultur für alle Menschen frei  
162 zugänglich in die Stadtteile bringen (siehe Kapitel Teilhabe)

163 Die Stadt gehört erst dann den Menschen, wenn alle, die in ihr leben, die gleichen  
164 Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitgestaltung ihres Lebensmittelpunktes im Stadtteil  
165 und darüber hinaus haben. Dazu gehört es auch, mehr Kultur in die Stadtteile zu  
166 bringen (siehe Kapitel Kultur), die Einrichtung von demokratisch gewählten  
167 Ortsbeiräten, welche die demokratische Teilhabe der Menschen in den Stadtteilen  
168 fördern.

169

170

171

172

173

174

175

176

---

177 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 178 • den Ausbau und die Förderung von Nachbarschaftsbüros und deren  
179 Weiterentwicklung zu Stadtteilhäusern
- 180 • den Ausbau und die Dezentralisierung des Bürgerservice vor Ort
- 181 • die stärkere Förderung von Initiativen, Vereinen und Verbänden in den  
182 Stadtteilen
- 183 • die Erschließung und Instandhaltung von Flächen zur Naherholung sowie den  
184 Ausbau von öffentlichen und kostenlosen Freiflächen
- 185 • den Ausbau der sozialen Infrastruktur (soziale Hilfe, Jugendzentren,  
186 Begegnungsstätten, Betreuungsangebote) in den Stadtteilen
- 187 • die Einführung demokratisch gewählter Ortsbeiräte in allen Stadtteilen

---

188

189

### 190 **3.3. Naherholung und Ökologie**

191

192 Stadt bedeutet in unserem Verständnis nicht nur in ihr zu Arbeiten und zu Wohnen,  
193 sondern auch Erholung, Freizeit und Auszeit vom stressigen Alltag. Deshalb muss  
194 eine soziale und gerechte Wohnungsbaupolitik die vielfältigen Interessen und  
195 Bedürfnisse aller Menschen und Stadtteile berücksichtigen. Es gilt, für ein  
196 ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnraum und Grünflächen zu sorgen. Um der  
197 Entstehung von sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken, muss günstiger Wohnraum  
198 deshalb gleichmäßig auf alle Stadtteile verteilt werden.

199 Ziel muss es sein, nicht weitere Flächen zu verdichten, sondern in der  
200 Wohnungsbaupolitik der Zukunft auch Naherholungs- und Freiflächen zu  
201 berücksichtigen. Spielplätze, Freiflächen und Gärten müssen selbstverständlicher  
202 und erlebbarer Teil des Lübecker Stadtbildes sein. Deshalb unterstützt DIE LINKE  
203 seit langem das Konzept des städtischen Gärtnerns (urban gardening), um auch  
204 kleine Flächen inmitten stark bebauter Stadtteile ökologisch nutzbar zu machen und  
205 das Stadtbild grüner und natürlicher zu gestalten.

206 Dazu gehört auch eine Entlastung der Stadtteile, besonders der Innenstadt, vom  
207 Individualverkehr durch die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs. Der Ausbau und  
208 die Instandsetzung von Radwegen muss vorangetrieben werden. Lebensqualität und  
209 Mobilität müssen zueinander in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

210 Daher braucht es eine nachhaltige und ganzheitliche Wohnungsbaupolitik, welche  
211 alle unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen der Lübecker Stadtteile und ihrer  
212 Einwohnerinnen und Einwohner berücksichtigt.

213

214

215

216

217

218

219

---

220 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 221 • die Entwicklung eines städtischen Konzeptes zum städtischen Gärtnern
- 222 (urban gardening)
- 223 • mehr Naherholungs- und Grünflächen in den Stadtteilen
- 224 • den Ausbau und die Instandsetzung öffentlicher Radwege
- 225 • die Stärkung des ÖPNV zur Reduzierung des Individualverkehrs
- 226 • die Verkehrsberuhigung der Altstadt
- 227 • das Verbot von Glyphosat und anderen giftigen Mitteln im gesamten Gebiet
- 228 der Stadt Lübeck
- 229 • ein Aktionsprogramm gegen die Ablagerung von Mikroplastik in der Natur

---

230

231

232 **3.4. Bürgerservice und Stadtteilhäuser**

233 Die anhaltende und intensive Debatte um die Schließung der Stadtteilbüros hat  
234 gezeigt, wie wichtig ein dezentraler Bürgerservice für die Lebensqualität der  
235 Menschen in unserer Stadt ist. DIE LINKE möchte den städtischen Bürgerservice zu  
236 einem digital und vor Ort vernetztem Angebot der Stadt in Form von Stadtteilhäusern  
237 weiterentwickeln. Alltägliche Behördengänge wie das Beantragen von Papieren, die  
238 An- und Ummeldung von Wohnungen oder Autos müssen als Teil der öffentlichen  
239 Daseinsfürsorge verstanden werden und für alle Menschen vor Ort möglich sein.

240 Deshalb werden wir die Einführung von Bürgerterminals durchsetzen, die es den  
241 Lübeckerinnen und Lübeckern ermöglichen, Meldeangelegenheiten direkt vor Ort  
242 selbstständig erledigen zu können. Angeschlossen an die Stadtteilhäuser, sollen  
243 diese den von Schließzeiten und städtischem Personal unabhängigen Zugang zum  
244 Service der Verwaltung ermöglichen. Der Bürgerservice darf nicht weiter durch  
245 finanzielle oder personelle Zwänge seitens Politik und Verwaltung behindert werden.

246 DIE LINKE geht jedoch noch einen Schritt weiter. Langfristiges Ziel sollen inklusive  
247 Stadtteilhäuser sein, die unter ihrem Dach Vereine, Initiativen, Verbände und Kultur  
248 im Stadtteil versammeln und somit einerseits das soziale Miteinander im Stadtteil  
249 fördern, andererseits aber auch durch Bürgerbeteiligung ermöglichen, dass  
250 Anwohnerinnen und Anwohner öffentliche Daseinsfürsorge und Bürgerservice in die  
251 eigene Hand nehmen und mit gestalten können. Die Existenz bestehender  
252 Nachbarschaftsbüros, die bereits eine Vielzahl kultureller und sozialer Projekte in  
253 den Stadtteilen bündeln, ist zu sichern und der Ausbau eines Lübecker Netzwerkes  
254 solcher Büros zu fördern.

255

256

257

258

259

260

261

---

262 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 263 • die Existenzsicherung für Nachbarschaftsbüros als Anlaufstelle in den  
264 Stadtteilen
- 265 • die Schaffung und Stärkung eines Netzwerkes von Nachbarschaftsbüros in  
266 allen Stadtteilen
- 267 • die langfristige Weiterentwicklung bestehender und neu zu schaffender  
268 Strukturen zu  
269 Stadtteilhäusern als kultureller und sozialer Mittelpunkt des Lübecker Lebens
- 270 • die Digitalisierung und Dezentralisierung des Bürgerservice
- 271 • die Einrichtung von Bürgerterminals zur Sicherung der Erreichbarkeit des  
272 Bürgerservice in allen Stadtteilen und deren Anbindung an bestehende  
273 Strukturen der Selbstverwaltung der Anwohnerinnen und Anwohner

---

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

284

285

286

287

288

289

290

291

292

## 293 **4).KINDER UND FAMILIE**

294 DIE LINKE versteht sich als Verbündete aller Menschen, unabhängig von  
295 Einkommen, sexueller Orientierung, Geschlecht, Herkunft oder der Wahl ihres  
296 Lebensmodells. Daher unterstützen wir alle Formen von Familie, in der Menschen  
297 zusammenleben. Eine solidarische und gerechte Stadt muss dafür Sorge tragen,  
298 dass alle Formen von Familie dieselben Möglichkeiten zur Entfaltung, sozialer  
299 Sicherheit und Teilhabe erhalten.

300 Wo Kinder sind, ist Familie, ob Alleinerziehend, ob in der klassischen Form, ob in  
301 alternativen Partnerschaftsmodellen. Stadt muss Familie und das Aufwachsen der  
302 Kinder lebenslang begleiten. Beginnend in der frühkindlichen Bildung, über  
303 beitragsfreie und flexible Kindertagesstätten, über die betreute Ganztagschule und  
304 darüber hinausgehende Angebote der Betreuung und Freizeitgestaltung für Kinder  
305 und Jugendliche.

306 Familien in all ihrer Vielfalt brauchen in erster Linie Unterstützung und soziale  
307 Sicherheit. Wir brauchen eine kinderfreundliche Politik und keine durch die Kinder  
308 zum Armutsrisiko werden. Das bedeutet in erster Linie, für eine bessere  
309 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sorgen. Eine Gleichbehandlung von nicht  
310 verheirateten Partnern, von Alleinerziehenden und gleichgeschlechtlichen  
311 Partnerschaften ist daher ein kleiner, aber umso wichtigerer Schritt in die richtige  
312 Richtung.

### 313 **4.1. Frühkindliche Bildung**

314 Die ersten Lebensjahre eines Kindes sind außerordentlich wichtig für den weiteren  
315 Lebensweg. Vielen Erziehenden ist es aus finanziellen, sozialen oder beruflichen  
316 Gründen nicht möglich, sich in diesen prägenden Jahren allein auf die Erziehung der  
317 Kinder zu konzentrieren. Deshalb bedürfen Familien und Kinder der Unterstützung  
318 von Seiten der Stadt und der Politik. Eine Stadt für Alle muss diese Unterstützung  
319 flexibel und ganztägig zur Verfügung stellen.

320  
321 Dabei lehnen wir eine Abwälzung der Kosten auf die Eltern ab und werden uns für  
322 Beitragsfreiheit der frühkindlichen Bildung und Betreuung auf allen Ebenen  
323 einsetzen. Gleichzeitig engagiert sich DIE LINKE in Land und Bund dafür, dass Kitas  
324 als wichtige Bildungseinrichtungen anerkannt und gefördert werden.

---

#### 325 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 327 • die Stärkung der Betreuung und die Beitragsfreiheit der KITAs in Lübeck
- 328 • die Bereitstellung gesunder und vollwertiger Ernährung in allen Einrichtungen  
329 der Kinderbetreuung
- 330 • eine stärkere Präsenz und Anbindung der KITAs an die Lübecker  
331 Wohngebiete
- 332 • die Vereinheitlichung und Verringerung der Schließzeiten der  
333 Kindertagesstätten, um die Flexibilität von Eltern zu erleichtern
- 334 • ein Mehr an qualifiziertem und gut bezahltem Personal in allen Einrichtungen  
335 der Kinderbetreuung
- 336 • die Erstattung von Betreuungskosten für Familien, wenn das  
337 Betreuungsangebot durch individuelle Regelungen ergänzt werden muss

338

---

## 339 **4.2. Schule**

340 DIE LINKE streitet für Bildungsgerechtigkeit unabhängig von Herkunft oder  
341 Einkommen. Alle Kinder müssen in einer sozialen und gerechten Stadt die gleichen  
342 Bildungschancen erhalten. Dabei ist für uns entscheidend, dass Schülerinnen und  
343 Schüler möglichst lange gemeinsam lernen können und von ihren unterschiedlichen  
344 Stärken und Schwächen profitieren können. DIE LINKE versteht Schule als  
345 ganzheitlichen Raum der Begegnung.

346 Unser Ziel ist es, die Unterteilung in staatliche und private Schulen zu überwinden,  
347 um Gemeinsamkeiten statt Barrieren zu fördern. Voraussetzung dafür ist der Erhalt  
348 aller Grundschulen in Lübeck und die nahe Anbindung der Schulen an die Stadtteile.  
349 Um diese Aufgabe zu bewältigen muss darauf hingewirkt werden, eine ausreichende  
350 Anzahl an qualifizierten und pädagogisch geschulten Stellen begleitet von  
351 zusätzlichem Fachpersonal zur Verfügung zu stellen und die Anzahl der  
352 Schülerinnen und Schüler, die gemeinsam in einer Klasse lernen, zu begrenzen.

353 Der zunehmenden Überlastung der Pädagoginnen und Pädagogen sowie dem  
354 Ausfall von Unterrichtsstunden ist entgegen zu wirken. Dies ist nur zu  
355 bewerkstelligen, wenn die Stadt selbstbewusst das Land an seine Verpflichtungen in  
356 der Schulpolitik erinnert.

357

---

### 358 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 359 • die konsequente Hinwirkung, Vorbereitung und Umsetzung der “Schule für  
360 Alle“ als Ganztagschule
- 361 • die flächendeckende Digitalisierung des Lernens in allen Bereichen der  
362 schulischen Bildung und die Investition in die notwendigen Hilfsmittel
- 363 • die Einsetzung und Stärkung von Schulsozialarbeitern und -  
364 Sozialarbeiterinnen in allen Einrichtungen der schulischen Bildung
- 365 • die Sanierung sämtlicher schulischer Einrichtungen und Gebäude in  
366 städtischem Besitz, insbesondere die Instandsetzung der sanitären  
367 Einrichtungen

368

---

369

## 370 **4.3. Familie**

371 Die momentane Familienpolitik in Lübeck wird den Bedürfnissen von Eltern und  
372 Kindern gleichermaßen nicht gerecht. DIE LINKE denkt den Begriff Familie und die  
373 Anforderungen an eine moderne und soziale Stadt weiter. Politik und Verwaltung  
374 müssen alternative Familienmodelle fördern und die Vereinbarkeit von Familie und  
375 Beruf vorantreiben. Gleichzeitig müssen soziale Angebote in Freizeit und Beruf  
376 geschaffen werden, um den Zwängen der modernen Arbeitsgesellschaft entgegen zu  
377 wirken.

378 Wir stehen für eine moderne und zukunftsweisende Familienpolitik. Familie ist dort,  
379 wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen. Politik und  
380 Verwaltung müssen die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Verantwortung zu  
381 begleiten und zu stärken.

382 Die aktuelle Politik der Hansestadt bewirkt das Gegenteil. Durch den ständigen  
383 Sozialabbau steigen die finanziellen Belastungen der Familien. Für Kinder bleibt  
384 kaum Zeit. Hinter der aktuellen Familienpolitik steht ein konservatives und  
385 traditionelles Familienbild, das anderen Familienformen die Gleichbehandlung  
386 verweigert und die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen – zum  
387 Nachteil der Frauen - zementiert.

388 DIE LINKE in Lübeck steht familienpolitisch für einen Ausbau der Infrastruktur, eine  
389 wirkungsvolle soziale Absicherung und die Verbesserung der Vereinbarkeit von  
390 Familie und Beruf.

391

392 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 393 • ein Konzept zur Stärkung aller Familien, insbesondere Alleinerziehender
- 394 • die Dezentralisierung aller sozialen, kulturellen und Bildungs-Angebote um sie  
395 für Familien und Alleinerziehende attraktiver und nutzbarer zu machen.
- 396 • eine Geschwisterkarte zur kostengünstigen Nutzung des Lübecker  
397 Stadtverkehrs
- 398 • ein Qualitätskonzept für nachschulische Betreuungsangebote, das den  
399 Qualitäts-Standards der Horte entspricht
- 400 • Arbeitgeber sollen dazu angehalten werden Kinderbetreuung als betriebliche  
401 Aufgabe zu verstehen und diese zu unterstützen und anzubieten
- 402 • Die Einrichtung eines Betreuungspools für Familien, der insbesondere  
403 Alleinerziehende durch geschulte Pflegedienste im Krankheitsfall entlastet

404

405

#### 406 **4.4. Pflege**

407 DIE LINKE strebt langfristig eine gesetzliche solidarische Bürgerversicherung in der  
408 Kranken- und Pflegeversicherung an. Hierbei sollen alle Einkommensgruppen  
409 gleichermaßen in die Pflicht zur solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens  
410 genommen werden. Dies ermöglicht den Kommunen größere finanzielle Spielräume.  
411 Die so erzeugten Finanzmittel müssen vor allem in qualitative Verbesserungen im  
412 Pflege-Sektor investiert werden. Sei es in der Betreuung von Senioren und  
413 Seniorinnen oder der stationären Betreuung von Patienten in den Lübecker  
414 Krankenhäusern.

415

416 An erster Stelle muss hierbei die Entlastung des Personals stehen. Mehr  
417 Pflegestellen, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit und gerechte Bezahlung sind  
418 unabdingbar für eine Verbesserung der akuten Situation im Gesundheitswesen.  
419 Darüber hinaus müssen Rahmenbedingungen, wie die gesetzlichen Pausen und  
420 Urlaubszeiten für das überlastete Personal sichergestellt werden. DIE LINKE stellt  
421 sich aktiv gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen, wie im Falle des  
422 ehemaligen Krankenhauses Süd geschehen. Die Senioreneinrichtungen in  
423 städtischer Hand müssen in der Kontrolle der Lübeckerinnen und Lübecker  
424 verbleiben.

425

426 Das Angebot der städtischen Senioreneinrichtungen muss allen Einwohnerinnen und  
427 Einwohnern zur Verfügung stehen, einen Abbau des Service und der Qualität  
428 zugunsten von privatisierten Angeboten lehnen wir ab. Nur wenn diese  
429 Grundbedingungen erfüllt sind, ist ein Altern in Würde möglich. Gesundheit und  
430 Mobilität sind darüber hinaus ein wichtiges Gut für alle Altersgruppen, um Teilhabe  
431 im sozialen Miteinander der Stadt möglich zu machen.

432

433 Angesichts des demografischen Wandels müssen ambulante Angebote für  
434 Pflegebedürftige ausgebaut werden, um Familien zu entlasten, auf deren Schultern  
435 die private Pflegearbeit vorwiegend liegt.

436

437

438

---

### **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

- Die Bestandssicherung für alle Senioreneinrichtungen in Händen der Stadt Lübeck
- Eine Qualitätsoffensive in der Alten- und Patientenpflege, sowohl für Betroffene und Angehörige, als auch für in der Pflege tätiges Personal
- Aufstockung, Qualifizierung und bessere Bezahlung für alle im Bereich der Pflege Beschäftigten
- Die Berücksichtigung von Barrierefreiheit in allen öffentlichen Einrichtungen der Hansestadt Lübeck
- Ein Konzept zur Stärkung alternativer Wohnmodelle für Seniorinnen und Senioren, wie bspw. betreuter Wohngemeinschaften

449

450

451

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

## 464 **5). MOBILITÄT**

465 Für eine Stadt, die allen Menschen gehört, ist Mobilität von zentraler Bedeutung.  
466 Unabhängig von allen scheinbaren Barrieren, egal ob sozialer, technischer,  
467 körperlicher oder finanzieller Natur muss allen Menschen die Möglichkeit gegeben  
468 sein, die Angebote der Stadt, ihre Strukturen und Angebote wahrzunehmen.

469 Dies gilt insbesondere für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Form von  
470 Barrierefreiheit aller städtischen Einrichtungen und Gebäude. Eine offene und  
471 gerechte Stadt muss sowohl einen Nahverkehr bereitstellen, der seinem Namen  
472 gerecht wird, als auch das Bedürfnis der Menschen nach Ruhe und Erholung  
473 berücksichtigen.

474 Alle Formen von Verkehr müssen in ihren speziellen Bedürfnissen berücksichtigt sein.  
475 Sei es ein Busverkehr, der zentral erreichbar und für jeden erschwinglich ist, sei es  
476 ein staufreier Autoverkehr oder nutzbare und instandgesetzte Radwege. Die  
477 Lübecker Stadtteile in all ihrer Vielfältigkeit und Besonderheit müssen zugänglich und  
478 untereinander vernetzt werden.

479 Wir LINKE werden uns für eine Stadt stark machen, die frei von Grenzen und  
480 Schranken erlebbar und erreichbar ist. Die "Stadt der kurzen Wege" darf nicht länger  
481 nur ein Marketing-Slogan sein, sondern muss Realität für alle Lübeckerinnen und  
482 Lübecker werden.

### 483 **5.1. Infrastruktur**

484 Lübecks Infrastruktur ist durch den Sparzwang seitens Bundes- und Landespolitik  
485 massiv gefährdet. Jedes Jahr verliert die Stadt auf diese Weise über 10 % ihres  
486 Vermögens an Infrastruktur, da keine ausreichenden Mittel in die Sanierung von  
487 Gebäuden, Straßen und öffentlichen Einrichtungen fließen. Schuld daran ist der  
488 unnötig eingegangene und willfährig übererfüllte Konsolidierungsfonds. Lübecks  
489 Kapital sind jedoch einerseits gerade seine historischen Gebäude und andererseits  
490 die öffentliche Infrastruktur, die ein Leben in unserer Stadt überhaupt erst möglich  
491 macht.

492 Teilhabe und Mobilität sind nicht möglich, wenn die Benutzung der Infrastruktur durch  
493 Verfall oder Veräußerungen in Form von Privatisierungen verhindert wird. Auch  
494 verkehrstechnisch ist für Fußgänger, Autofahrer oder Menschen, die den öffentlichen  
495 Nahverkehr nutzen möchten eine Teilhabe am öffentlichen Leben zunehmend  
496 erschwert.

497 Staus und schlecht befahrbare und schlecht begehbbare Wege prägen das Stadtbild.  
498 Wir werden Schluss machen mit dem unsinnigen Spardiktat zu Lasten künftiger  
499 Generationen und in die Aufrechterhaltung unserer Stadt und ihrer Infrastruktur  
500 investieren. Dies gilt insbesondere für die Lübecker Schulen und ihre sanitären  
501 Anlagen, die Straßen, Brücken und Radwege und die Gebäude der öffentlichen  
502 Hand.

503

504

505

506

507

---

508 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 509 • die Aufhebung des Sanierungsstaus in der Hansestadt Lübeck durch eine
- 510 Reinvestitionsquote von 100 % anstelle des jetzigen Sanierungsstaus
- 511 • ein langfristiges Konzept zur Sanierung der Lübecker Brücken um die
- 512 Sicherheit und Nutzbarkeit der Zufahrtswege zu allen Stadtteilen zu
- 513 gewährleisten
- 514 • eine bessere Anbindung aller Stadtteile an alle Strukturen des Verkehrs

---

515

516

## 517 **5.2. Stadtverkehr**

518 Der Lübecker Stadtverkehr, insbesondere der Zugang zur Altstadtinsel und die  
519 Anbindung an die Stadtteile ist eine Katastrophe. Zunehmende Sperrungen der  
520 Brücken oder Straßen aufgrund vernachlässigter Instandsetzung prägen den Alltag  
521 der Lübeckerinnen und Lübecker.

522 Die Selbstbestimmtheit der Mobilität nimmt zunehmend ab und die Menschen in  
523 unserer Stadt müssen sich nach schlecht getakteten Fahrplänen des ÖPNV richten,  
524 Gefährdungen im Radverkehr durch schlecht ausgebaute Radwege in Kauf nehmen  
525 oder ganze Bereiche der Stadt großräumig umfahren, wenn sie nicht endlos Zeit im  
526 Stau verbringen wollen.

527 Damit werden wir Schluss machen. Wir wollen eine Stadt, in der sich alle Menschen  
528 frei von Zwängen mobil bewegen können.

---

529

530 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 531 • die Stärkung und den Ausbau des Lübecker Radverkehrs durch die
- 532 Instandsetzung und den Ausbau des Radwege-Netzwerkes mithilfe eines
- 533 Fahrrad-Entwicklungsplans
- 534 • die Verkehrsberuhigung der Lübecker Innenstadt durch Stärkung des
- 535 Nahverkehrs und die Verringerung des Individualverkehrs
- 536 • Ermäßigungen bei der Tunnelmaut zur Entlastung der Kücknitzer und
- 537 Travemünder Bürgerinnen und Bürger
- 538 • Mehr Investitionen in die Straßen- und Brücken der Stadt zur Behebung des
- 539 Sanierungsstaus

---

540

541

## 542 **5.3. Nahverkehr**

543 Der Nahverkehr in Lübeck ist nicht nur zu teuer sondern auch ungünstig getaktet. Die  
544 Randgebiete der Stadt werden nur unzureichend angefahren. Menschen mit  
545 geringem Einkommen, insbesondere Rentnerinnen und Rentner, die zumeist auf den  
546 Busverkehr angewiesen sind, ist es bei den aktuellen Preisen kaum möglich den Bus  
547 zu nutzen. Termine oder Veranstaltungen außerhalb der fußläufig erreichbaren  
548 Gebiete können so entweder gar nicht oder nur schwerlich wahrgenommen werden.

549 Ebenso wichtig wie eine Umstrukturierung des Nahverkehrs im Sinne der  
550 Bürgerinnen und Bürger ist es, Anreize dafür zu schaffen vermehrt alternative  
551 Verkehrsmittel zu nutzen. Hierzu muss die Förderung und Finanzierung des  
552 Radverkehrs deutlich erhöht werden. Langfristiges Ziel sollte die Inbetriebnahme  
553 einer Lübecker S-Bahn sein, welche die Stadtteile stärker miteinander vernetzt.

554 Dies wäre nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern würde auch die Innenstadt und  
555 umliegende Kreise vom Autoverkehr und unnötigen Umweltschäden durch den durch  
556 Autos verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoß entlasten. Zudem würden Lübecker Knotenpunkte  
557 nach und nach entschärft.

558

---

559 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 560 • den Anschluss des Lübecker ÖPNV an den Verkehrsbereich HVV zur  
561 Schaffung einer überall gültigen Tarifzone zum gleichen Preis in allen  
562 Stadtteilen
- 563 • die Einführung eines Sozialtickets für Bus und Bahn zur Steigerung der  
564 Mobilität von Menschen mit geringen Einkommen, auch im Bereich der  
565 Einzelfahrkarten
- 566 • die flächendeckende und kostenlose Einführung von WLAN in allen Bussen  
567 der Hansestadt Lübeck
- 568 • die Planung zur langfristigen Einrichtung einer Stadtbahn für das Stadtgebiet  
569 der Hansestadt Lübeck
- 570 • eine dezentrale Streckenführung des Busverkehrs, die sowohl die  
571 Erreichbarkeit aller Wohnorte und Stadtteile berücksichtigt, als auch den  
572 besonderen Bedürfnissen der Altstadt Rechnung trägt
- 573 • ein umfassendes Park-Konzept für die Innenstadt mit weiterführenden  
574 Angeboten zur Mobilität auf der Altstadtinsel (Park & Ride)
- 575 • die Belebung der Altstadt durch ein Gesamtkonzept, das Parkraum dorthin  
576 bringt, wo er benötigt wird
- 577 • die kostenlos enthaltene Nutzung des Travemünder Fährbetriebes bei Erwerb  
578 eines Fahrscheins des Lübecker Stadtverkehrs

579

---

580

581

582

583

584

585

586

587

588

589

## 590 **6). TEILHABE**

591 Um das solidarische, friedliche und gemeinsame Zusammenleben in einer Stadt zu  
592 gewährleisten, müssen Politik und Verwaltung sicherstellen, dass alle Menschen –  
593 unabhängig von Herkunft, Einkommen, Religion, Alter oder Geschlecht - die gleichen  
594 Möglichkeiten zur freien Entfaltung haben.

595 Dies ist nur möglich, wenn Barrieren aufgehoben, Schranken abgebaut und ein Mehr  
596 an Teilhabe für alle Lübeckerinnen und Lübecker geschaffen wird. Gesellschaftliche,  
597 soziale, demokratische und kulturelle Teilhabe ermöglicht erst, dass die Menschen in  
598 Lübeck ihre Stadt gemeinsam gestalten und das Leben in ihr friedlich und bunt wird.

### 599 **6.1. Soziale Teilhabe**

600 Hartz IV ist und bleibt Armut per Gesetz. Für uns LINKE ist klar, dass die Reformen  
601 der Agenda 2010 von SPD und Grünen unsere Gesellschaft tief gespalten haben.  
602 Die heutige Ellbogengesellschaft ist entsolidarisiert, die Angst vor dem Verlust des  
603 Arbeitsplatzes, die Furcht vor dem Gang zum Amt – mit all seinen Demütigungen –  
604 kurzum die Angst vor dem Verlust der Würde und der Existenz bestimmt den Alltag  
605 eines Großteils der Menschen in unserem Land und auch in Lübeck.

606 Jedes dritte Kind lebt in Armut. Familien und Alleinerziehende, Auszubildende und  
607 Rentner gleichermaßen kämpfen jeden Tag mit dem Existenzminimum. Dieser  
608 unwürdige Zustand muss beendet werden. Hartz IV muss weg.

609 Dies ist auf kommunaler Ebene jedoch nicht entscheidbar. Deshalb ist es Ziel und  
610 Aufgabe der LINKEN soziale Teilhabe zu fördern und zu ermöglichen, wo immer sich  
611 kommunal-politische Stellschrauben dafür ergeben, um die Folgen der Agenda 2010  
612 abzumildern.

613 Wir werden die Förderung und Vermittlung von Arbeitsplätzen in die eigene Hand  
614 nehmen und nicht den Jobcentern überlassen. Wir werden das Recht auf Wohnen  
615 als kommunales Grundrecht verankern und die menschenunwürdige Praxis der  
616 Strom- und Gassperren beenden. Wir werden uns für eine Gleichstellungspolitik  
617 stark machen, welche die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern beendet.

618 Ziel unserer Bestrebungen und unumstößliche Überzeugung unseres Handelns ist  
619 es, gemeinsam mit allen Lübeckerinnen und Lübeckern eine Stadt zu gestalten, in  
620 der alle Menschen eine soziale, gerechte und friedliche Heimat finden.

621

---

### 622 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 623 • die Abschaffung von Strom- und Gassperren
- 624 • die Einrichtung einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft um Menschen  
625 unabhängig in würdige Arbeit zu bringen
- 626 • den kostenlosen Anspruch auf Verhütungsmittel für Menschen mit geringem  
627 Einkommen, solange die bundespolitische Lage den Rechtsanspruch auf  
628 Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen nicht regelt
- 629 • die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit  
630 vollständig sozialversicherungspflichtigen und tariflich entlohten  
631 Arbeitsverhältnissen

632

---

633

## 634 **6.2. Demokratische Teilhabe**

635 Wir stehen für gesellschaftliche Dialoge und mehr direkte Bürgerbeteiligung.  
636 Voraussetzungen dafür sind Barrierefreiheit, Zugang und Verständlichkeit. DIE  
637 LINKE.LÜBECK macht sich für Nachbarschaftsbüros in allen Stadtteilen stark. Diese  
638 Nachbarschaftstreffs gibt es in Lübeck bereits vereinzelt, zum Beispiel in St. Lorenz  
639 Süd. Sie dienen als Veranstaltungsorte, Treffpunkt für die dort lebenden Menschen  
640 und geben eine gute Möglichkeit zur Information und zur gemeinsamen Vernetzung.

641

642 Wir machen uns für die Einrichtung demokratisch gewählter Ortsbeiräten in allen  
643 Stadtteilen stark. Diese sollen allen Einwohnerinnen und Einwohner eine direkte  
644 Beteiligung bei allen Entscheidungen, die ihren Stadtteil betreffen, ermöglichen.

645

---

### 646 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 647 • die Einrichtung von partei-politisch neutralen Ortsbeiräten in allen Stadtteilen
- 648 • die Stärkung von Kinder- und Jugendbeteiligung auf allen Ebenen der
- 649 Entscheidungprozesse
- 650 • die Schaffung der Stelle eines/einer Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt
- 651 • den Ausbau und die personelle Stärkung des Lübecker Frauenbüros und
- 652 deren Weiterentwicklung zu einer Anti-Diskriminierungsstelle
- 653 • die Unterstützung, Finanzierung und Stärkung des Lübecker Bündnisses
- 654 gegen Rassismus
- 655 • Bildübertragung aller Bürgerschaftssitzungen und deren Bereitstellung im
- 656 Internet unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit

657

---

## 658 **6.3. Kulturelle Teilhabe**

659 Kultur bestimmt unser Leben und macht es reicher. Sie ermöglicht uns nicht nur  
660 Selbstvergewisserung, sondern eröffnet uns auch immer wieder neue Horizonte und  
661 die Chance zur Verständigung. Kultur ist daher Teil der öffentlichen  
662 Daseinsvorsorge. Engpässe im kommunalen Haushalt dürfen nicht zur Privatisierung  
663 oder Schließung von Kultureinrichtungen führen. Unser reichhaltiges kulturelles Erbe  
664 in Lübeck gilt es zu bewahren, bestehende Einrichtungen zu sichern und neue  
665 kreative Ansätze zu fördern. Weil die Kultur allen Menschen gehört, sehen wir es  
666 zudem als staatlichen Auftrag an, dafür zu sorgen, dass die Besucherstruktur der  
667 Kultureinrichtungen mit der Lübecker Einwohnerstruktur übereinstimmt.

668 Zu einer selbstbestimmten Stadt gehört für uns völlig selbstverständlich die Teilhabe  
669 am kulturellen Leben in unserer Stadt, aber auch die Erlebbarkeit von Kultur in allen  
670 Stadtteilen, unabhängig von Einkommen oder Bildungsgrad. Kultur darf nicht  
671 ausschließlich Sache der Besserverdienenden und nicht nur Sache der Altstadtinsel  
672 sein.

673 DIE LINKE setzt sich ein für mehr Kunst im öffentlichen Raum und mehr Gestaltung  
674 der Stadt durch die Menschen, die in ihr leben.

675 Als Teil der internationalen anti-faschistischen und emanzipatorischen Bewegungen  
676 und ihrer Geschichte sehen wir es als unsere Aufgabe an, daran zu erinnern, was sie  
677 erreicht und erlitten haben. Deswegen setzen wir uns für eine lebendige und kritische

678 Gedenkkultur ein, welche die Vergangenheit mit dem Ziel vergegenwärtigt, die  
679 demokratische Öffentlichkeit heute zu stärken.

680

---

681 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 682 • die nachhaltige Existenzsicherung des Lübecker Theaters und die  
683 tarifgemäße Entlohnung seiner Beschäftigten ohne Schaffung eines Sonder-  
684 Haustarifes
- 685 • die Rahmenbedingungen für eine kulturelle Selbstverwaltung aller  
686 Lübeckerinnen und Lübecker und aller Träger und Institutionen von Kultur zu  
687 schaffen
- 688 • die kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek und die Gebührenfreiheit der in ihr  
689 ausleihbaren Medien
- 690 • die Schaffung und Stärkung eines Netzwerkes von Nachbarschaftsbüros in  
691 allen Stadtteilen
- 692 • die Schaffung von mehr öffentlichen Proberäumen und Ateliers zur Stärkung  
693 der kulturellen Infrastruktur
- 694 • die Identifizierung von geeigneten Flächen im Stadtgebiet zur künstlerischen  
695 Gestaltung durch die Nachbarschaft
- 696 • eine stärkere Förderung aller Theater- und Kulturbetriebe in den Stadtteilen

697

---

698

699 **6.4. Gleichstellung**

700 Fast ein Jahrhundert nach dem Erämpfen des Wahlrechts haben Frauen immer  
701 noch nicht die gleichen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben wie Männer. Sie  
702 verdienen bei gleicher Qualifikation durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer  
703 und bilden mit 65 Prozent die größte Gruppe im Niedriglohnsektor. Lübeck bildet hier  
704 keine Ausnahme. Gleichstellung ist für uns LINKE eine Querschnittsaufgabe: Alle  
705 Bereiche des gesellschaftlichen Lebens müssen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die  
706 Gleichstellung der Geschlechter überprüft werden. Das bedeutet eine angemessene  
707 Repräsentanz von Frauen in Entscheidungsgremien der Politik, Wirtschaft, Bildung  
708 und Kultur.. Es bedeutet eine Steigerung der Frauenerwerbsquote in gut entlohn-  
709 unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und  
710 die Beendigung der partnerabhängigen Leistungsberechnung bei Arbeitslosigkeit.

711 Auch im Bereich der sexuellen Selbstbestimmtheit hat unsere Stadt noch großen  
712 Nachholbedarf. Zwar sind Lübecker CSD Verein und mit ihm seine Veranstaltungen  
713 inzwischen ein nicht mehr wegzudenkender Teil des öffentlichen Lebens, dennoch  
714 muss eine Stadt, die sich dem Recht auf Selbstbestimmung aller in ihr lebenden  
715 Menschen verschreibt, immer wieder darauf prüfen, ob sie auf allen Ebenen  
716 Diskriminierung im Alltag entgegen wirkt. Aufklärung, Bildung, die Inklusion der  
717 LGBTQ (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und queere Menschen)  
718 Community in die Alltagskultur des Lübecker Lebens muss selbstverständlich sein.

719 Bündnisse, Initiativen, Vereine und privates gesellschaftliches Engagement gegen  
720 Rassismus, Sexismus und Diskriminierung in jeder Form müssen unterstützt und  
721 gefördert werden.

722

723

---

724 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 725 • den Ausbau und die personelle Stärkung des Lübecker Frauenbüros und  
726 deren Weiterentwicklung zu einer Anti-Diskriminierungsstelle, in der das  
727 Gleichstellungsbüro, das Forum für Migrantinnen und Migranten und ein neu  
728 zu schaffendes LGBTQ-Büro unter einem Dach arbeiten
- 729 • die stärkere Förderung von städtischen Angeboten für Frauen, insbesondere  
730 die Aufstockung der in Lübeck angebotenen Frauenhausplätze von bisher 6  
731 auf mindestens 12, langfristig 20 Plätze und deren gleichmäßige Aufteilung  
732 auf die beiden vorhandenen Einrichtungen
- 733 • die Stärkung von Integrations-Angeboten für Frauen, wie bspw.  
734 Integrationskurse mit Kinderbetreuung
- 735 • die quotierte Stellenbesetzung bei allen städtischen Unternehmen, inklusive  
736 der Führungspositionen, sowie die quotierte Besetzung aller Aufsichtsräte
- 737 • die Vorhaltung ausgebildeter Ansprechpartner für Diskriminierungsfälle bei der  
738 Polizei
- 739 • die Stärkung der finanziellen und logistischen Unterstützung der Strukturen  
740 der LGBTQ Community in Lübeck, insbesondere der Erinnerungskultur in Bezug  
741 auf die Verfolgung homosexueller und Transgender-Menschen

742

---

743 Durch vielfältige Barrieren im Alltag, in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten oder  
744 Bildungseinrichtungen und Behörden ist Teilhabe für Menschen mit körperlichen,  
745 geistigen oder seelischen Behinderungen nur eingeschränkt möglich. Auch in Lübeck  
746 sind Menschen nicht Behindert, sondern werden vielfach im Alltag behindert.

747 Eine Stadt für Alle muss diese Hürden in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und  
748 administrativen Bereichen sowie die Blockaden in den Köpfen überwinden. Stadt und  
749 Verwaltung unternehmen diesbezüglich keine nachhaltigen und flächendeckenden  
750 Maßnahmen, vor allem nicht in den Stadtteilen. Sie wälzt die Verantwortung für  
751 Inklusion oftmals auf den privaten und ehrenamtlichen Bereich ab.

752 Durch den Zuzug von Geflüchteten hat sich zudem der Aufgabenbereich der  
753 Inklusion deutlich erweitert. Unsere neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger bedürfen im  
754 Alltag der Unterstützung in vielfältiger Hinsicht: Sprache und Kultur sind oft Barrieren,  
755 die aktuell nur durch ehrenamtliche Unterstützung – auch von Seiten der LINKEN –  
756 überwunden werden. Stadt und Verwaltung müssen hier bestehende Strukturen  
757 deutlich ausbauen, Ehrenamt stärker wertschätzen, begleiten und qualifizieren und  
758 vor allem mehr eigene Angebote schaffen.

759

760

761

762

763

764

765

766

---

767 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 768 • die Errichtung und Unterhaltung von ausreichend barrierefreien öffentlichen  
769 Sanitäreinrichtungen unter Berücksichtigung der speziellen hygienischen  
770 Notwendigkeiten
- 771 • die Erstellung eines Maßnahmenkataloges zum Ziele einer barrierefreien  
772 Stadt unter Einbeziehung der Behindertenbeauftragten und des  
773 Behindertenrates
- 774 • die Anschaffung von mehr Niederflurbussen im Stadtverkehr
- 775 • die Absenkung aller Bordsteine im Stadtgebiet zur Erhöhung der barrierefreien  
776 Mobilität

777

---

778 **7). LEBEN –WIRTSCHAFT -TOURISMUS**

779 Lübecks Alltag ist bestimmt vom Tourismus. Mittlerweile stellen die Gäste, welche  
780 unsere Stadt empfängt einen der größten wirtschaftlichen Faktoren dar. Zunehmend  
781 jedoch geraten das Verhältnis zwischen Investitionen in touristische Infrastruktur und  
782 jener, welche die Lübeckerinnen und Lübecker zur Gestaltung ihres Lebens  
783 benötigen ins Ungleichgewicht. Teilhabe, Kultur Mobilität und Wohnen, kurzum alle  
784 Bereiche des Lübecker Lebens können und dürfen sich nicht nur nach den  
785 wirtschaftlichen Interessen der Tourismusbranche richten. Gerade auf der Lübecker  
786 Altstadtinsel wird dieser Konflikt deutlich.

787 Einzelhandel und Veranstaltungen orientieren sich zunehmend am möglichen Profit  
788 durch Touristen und nicht mehr an den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und  
789 Bewohner. DIE LINKE. Lübeck wird die Tourismusbranche stärker in die Pflicht  
790 nehmen und dafür sorgen, dass mehr Geld aus den erzielten Einnahmen zurück in  
791 die Infrastruktur der Stadt fließt. Alle kulturellen Einrichtungen der Stadt, seien es  
792 Museen, Theater oder der Strand müssen für alle Menschen gleichermaßen erlebbar  
793 sein, unabhängig von ihrem Einkommen und Profitinteressen.

794 Zudem muss das Verhältnis zwischen Wohnraum für die Bürgerinnen und Bürger  
795 und Wohnungen, die zur touristischen Nutzung bestimmt sind wieder ins  
796 Gleichgewicht bringen. Gerade das bauliche historische Erbe der Stadt muss in der  
797 Hand und Selbstbestimmung der Lübeckerinnen und Bürger verbleiben.

798

---

799 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 800 • die Wiedereinführung der Bettensteuer als Kulturabgabe
- 801 • den kostenlosen Zugang zu allen Strandbereichen der Hansestadt Lübeck
- 802 • ein Tourismus-Konzept, welches die Balance zwischen Alltagsleben und  
803 Tourismus in Lübeck stärkt
- 804 • die Aufstellung verbindlicher Leitlinien für die touristische Nutzung von  
805 Wohnraum, insbesondere einer Unterbindung der Umwandlung von  
806 historischen Giebelhäusern in Ferienwohnungen

807

808

## 809 **7.1. Leben in der Altstadt**

810 Das Leben in der Lübecker Altstadt teilen sich Einzelhandel, Tourismus und  
811 Bewohnerinnen und Bewohner. Eine Mischung , die es so in nur wenigen Städten  
812 gibt und die Altstadt liebenswert und überaus attraktiv macht. Zunehmend gerät  
813 dieses Verhältnis jedoch ins Wanken. Durch Ferienwohnungen in den Gängen und  
814 neue Luxusbauprojekten wird die finanzschwächere Bevölkerung vertrieben und die  
815 Bevölkerung beginnt zu sinken. Die fast verfünffachte Straßenreinigungsgebühr in  
816 der Altstadt treibt die Mietkosten zusätzlich in die Höhe. Der kleine Einzelhandel  
817 leidet an den gestiegen Gebühren und Verordnungen. Weiterer Leerstand droht und  
818 wird sich auch auf den Tourismus auswirken.

819 Die Altstadt braucht ein durchdachtes Konzept, das zum Einen die Interessen  
820 zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern, Einzelhandel und Tourismus  
821 berücksichtigt ohne die gemeinsamen Interessen zu beschädigen und zum Anderen  
822 die Altstadt wieder belebt.

823 Es darf nicht danach gefragt werden, wie die Parkplätze in der Innenstadt erhöht  
824 werden können, sondern wie die Altstadt dergestalt belebt werden kann, dass sie  
825 schon bei den Parkplätzen beginnend interessanter und erlebbarer wird. Kurzum: die  
826 Altstadt zu den Parkplätzen bringen. Nur so kann eine Verkehrsberuhigung in der  
827 Altstadt gelingen.

828

---

### 829 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 830 • ein Konzept, um der Gentrifizierung und der Bildung eines Reichen- und  
831 Touristen-Ghettos auf der Insel entgegenzuwirken
- 832 • die Abschaffung verkaufsoffener Sonntage zur Stärkung des Erlebens des  
833 historischen Stadtkerns und als Ruhephase für die Inselbewohner
- 834 • die Stärkung und breitere Ansiedlung unterschiedlicher Einzelhändler im  
835 Bereich der Altstadt
- 836 • die Beruhigung des Altstadt-Gebietes vom fließenden Individual-Verkehr  
837 durch die Stärkung des Stadtverkehrs und des Radverkehrs

838

---

## 839 **7.2. Leben in Travemünde**

840 Travemünde ist der Lübecker Stadtteil, in dem die sozialen Spaltungen unserer Stadt  
841 am deutlichsten Zutage treten. Nur durch Tunnel oder teuren Zugverkehr erreichbar,  
842 sind Menschen mit geringen Einkommen von der Teilhabe am Leben Travemündes,  
843 insbesondere des Erlebens von Strand, Meer und Kulturangeboten ausgeschlossen.  
844 Eine Überalterung der Bevölkerung, teure Luxusbebauung und unerschwingliche  
845 Eintrittspreise bei kulturellen Veranstaltungen machen eine ausgewogene  
846 Sozialstruktur des Stadtteils unmöglich: DIE LINKE macht sich dafür stark, dass  
847 gerade Meer, Strand und Travemünder Kultur für alle Lübeckerinnen und Lübecker  
848 erlebbar werden. Einer voranschreitenden Gentrifizierung des Stadtteils wollen wir  
849 durch sozialen Wohnungsbau, einem kostengünstigen Nahverkehr und  
850 Vergünstigungen bei kulturellen Veranstaltungen für Familien und Menschen mit  
851 geringen Einkommen entgegenwirken. Wir fordern ein Travemünde für Alle!

852

---

853 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 854 • kostenloser Zugang zu allen Strandbereichen in Travemünde
- 855 • ein ausgewogenes Konzept zur Verhinderung ausufernder Luxusbebauung  
856 und ausreichender Vorhaltung günstigen Wohnraums
- 857 • kostenlos enthaltene Nutzung des Travemünder Fährbetriebes bei Erwerb  
858 eines Fahrscheins des Lübecker Stadtverkehrs
- 859 • ein Konzept zur Realisierung einer stärker ausgewogenen Sozialstruktur der  
860 Bevölkerung in Travemünde

---

861

862

## 863 **8). INVESTITIONEN UND FINANZIERUNG**

864 Lübeck ist mit über 1,5 Milliarden hoch verschuldet. Verwaltung und Politik müssen  
865 sich eingestehen, dass eine Schuldenfreiheit der Stadt mit keinerlei Mitteln zu  
866 erreichen ist. Deshalb ist es wichtig, dass bei der Gestaltung der Finanz- und  
867 Haushaltspolitik nicht die Schwarze Null im Vordergrund steht, sondern die soziale  
868 und kulturelle Mobilität und Teilhabe der Lübeckerinnen und Lübecker. Die Stadt  
869 muss den Menschen gehören und nicht den Finanzjongleuren.

870

871 Deshalb ist dafür Sorge zu tragen, dass die Infrastruktur unserer Stadt nicht weiter  
872 schrumpft und kurzfristigen Profitinteressen geopfert wird. Straßen, Brücken und  
873 Gebäude der Stadt müssen laufend Instand gesetzt werden und in Besitz der Bürger  
874 verbleiben. Weitere Verkäufe städtischer Infrastruktur lehnt die LINKE – egal in  
875 welcher Form - konsequent ab.

876 Konsolidierungsfonds und Schuldenbremse als Ausdruck des Kaputtsparens seitens  
877 der Bundes- und Landespolitik haben die Kommunen an den Rand der finanziellen  
878 Handlungsunfähigkeit gebracht. Eine Fortführung dieser Politik werden wir beenden.  
879 Scheinbare Einsparungen durch die Streichliste des Konsolidierungs-Fonds gehen  
880 zu Lasten zukünftiger Generationen. In Wirklichkeit werden Schulden nicht abgebaut,  
881 sondern auf kommende Jahre verlagert, indem die Stadt ihrer Pflicht zur  
882 Unterhaltung der Infrastruktur, der Bildungsaufgaben und der Sozialpolitik nicht mehr  
883 nachkommt. Jedes Jahr verliert die Infrastruktur Lübecks – und damit das Eigentum  
884 der Lübeckerinnen und Lübecker - 10 % an Wert, weil Abschreibungen nicht  
885 reinvestiert werden.

886

887 DIE LINKE möchte zurück zu einer aktiven Investitionspolitik anstelle des  
888 Kaputtsparens und gleichzeitig Land und Bund in die Verantwortung nehmen, durch  
889 eine gerechtere Steuerpolitik die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen.

---

890

891 **Wir werden in der kommenden Bürgerschaft beantragen:**

- 892 • keine Fortführung des Konsolidierungsfonds um die finanzielle  
893 Selbstverwaltung der Hansestadt Lübeck wieder her zu stellen

- 894 • eine deutliche Anhebung der Investitionen in den Bereichen Soziales und  
895 Kultur anstelle des Kaputtsparens der Stadt zu Lasten der Lübeckerinnen und  
896 Lübecker
- 897 • keine weiteren Kürzungen im Bereich sozialer und kultureller Leistungen der  
898 Stadt
- 899 • die Wiederherstellung von Generationengerechtigkeit, indem Schulden nicht  
900 auf zukünftige Generationen abgewälzt werden
- 901 • Bundes- und Landesregierung zur Abschaffung der Schuldenbremse  
902 aufzufordern
- 903 • Bundes- und Landesregierungen zur Umverteilung finanzieller Mittel durch  
904 Herstellung einer sozialen Steuergerechtigkeit aufzufordern, um die finanzielle  
905 Handlungsmöglichkeit und Selbstverwaltung der Hansestadt Lübeck wieder  
906 her zu stellen

907

---

908

## 909 **8.1. Finanzierung**

910 Mit einem Schuldenberg von über 1,5 Milliarden gehört Lübeck zu den am meist  
911 verschuldeten Städten Deutschland. Ohne Hilfe durch Bund und Land kann dieser  
912 Schuldenberg, auch durch einen noch so harten Konsolidierungsfonds, nicht  
913 abgetragen werden.

914

915 Der bisherige Sparkurs hat zwar nominell die Schulden gesenkt, aber den  
916 Investitionsstau bei der Infrastruktur wieder aufgebaut, bzw. verlagert. Dies ist keine  
917 nachhaltige Finanzpolitik.

918 In den Zeiten der Niedrigzinsen muss in die Infrastruktur investiert werden, statt  
919 diese auf eine Zeit zu verlagern in der die Zinsen wieder steigen könnten.

920

921 Ein Kaputtsparen ist nicht nur gegen die Stadt und ihre Menschen gerichtet, sondern  
922 auch gegen die Zukunft der Stadt. Was durch Sparen zerstört wird, rächt sich in der  
923 Zukunft. Dies gilt gerade bei Einsparungen in den Bereichen Kinder und Jugendliche,  
924 Soziales und Kultur.

925

926 Lübeck hat Potential, durch Modernisierung einzusparen. Der Einsatz von  
927 intelligenten Lösungen könnte Energieverbrauch reduzieren. Die vollständige  
928 Ausschöpfung von Fördermitteln, die Vermeidung von Ausgaben durch schlecht  
929 gestaltete Verträge, und die Steigerung der Einnahmen mithilfe einer Kulturumlage,  
930 der sogenannten Bettensteuer sind Mittel, um das bisher nicht abgerufene Potential  
931 Lübecks auszuschöpfen

932

933 Viele der bisherigen Einsparmaßnahmen, wie das Out-Sourcing in der Lübecker  
934 Verwaltung und die anhaltenden Privatisierungen erweisen sich als  
935 Kostenbumerang. Eine kritische Sicht auf zukünftige Kostenentwicklung ist  
936 notwendig und eine Abkehr von bisherigen Scheineinsparungen durch Stellenabbau  
937 im Personalwesen, die bisher durch teures Einkaufen privater Dienstleistungen  
938 aufgefangen werden müssen.

939

940 Wir wollen eine Finanzpolitik, die nicht mehr ausschließlich danach fragt wie  
941 Projekte, die zur öffentlichen und sozialen Daseinsfürsorge gehören finanziert

942 werden sollen, sondern in welcher der politische Wille erkennbar ist Lübeck zu einer  
943 sozialen, gerechten und barrierefreien Stadt für Alle zu machen. Bei einem  
944 Haushaltsvolumen von über 750 Millionen Euro ist genug Geld vorhanden – Aufgabe  
945 der Politik muss es sein für Verteilungsgerechtigkeit und Umverteilung zu sorgen und  
946 die vorhandenen Mittel entlang der Bedürfnisse aller Lübeckerinnen und Lübecker  
947  
948  
949  
950  
951  
952  
953  
954  
955  
956  
957  
958  
959  
960  
961  
962  
963  
964  
965  
966  
967  
968  
969  
970  
971  
972  
973  
974  
975  
976  
977  
978  
979  
980  
981  
982  
983  
984  
985  
986  
987  
988  
989  
990  
991  
992

993 **9). HOLT EUCH DIE STADT ZURÜCK!**

994

995 DIE LINKE. Lübeck streitet für eine Stadt, die den Lübeckerinnen und Lübeckern  
996 gehört. Wir kämpfen für ein Mehr an Teilhabe, ein Mehr an Mobilität, ein Mehr an  
997 Wohnungsbau. Wir kämpfen für mehr Naherholung, mehr Umwelt. Kurzum: für eine  
998 Stadt, die anfassbar, erlebbar, erkundbar und lebendig ist.

999

1000 Für eine Stadt. Die ihr buntes Gesicht zeigt, die ihre Vielfalt und ihr historisches Erbe  
1001 als Stärke versteht. Eine Stadt, die niemanden ausgrenzt, gleich seiner Herkunft,  
1002 seines Glaubens, seiner sexuellen Orientierung, des Geldbeutels oder anderer  
1003 scheinbarer Schranken, von denen wir glauben, sie würden uns trennen.

1004

1005 A, 06. Mai haben die Lübeckerinnen und Lübecker die Wahl. Nur eine starke LINKE  
1006 in der Lübecker Bürgerschaft garantiert eine Stadt, die uns Allen gehört. Ihre Stimme  
1007 für unsere engagierten Kämpferinnen und Kämpfer für Gerechtigkeit und  
1008 demokratischen Sozialismus verstehen sich als Verbündete aller Bürgerinnen und  
1009 Bürger.

1010

1011 Holt Euch am 06. Mai die Stadt zurück! Für Euch! Für Lübeck!